

Interpellation Fraktion SP (Johannes Wartenweiler/Ingrid Kissling-Näf, SP): Soziale und politische Anforderungen an Smart City Bern 2 – neue Unternehmen und soziale Verantwortung

Seit der globalen Wirtschaftskrise 2008 mit ihren Folgen für die öffentlichen Investitionen boomt ein neuer Trend der modernen Stadtentwicklung: „Smart City“ beherrscht den Diskurs über die Stadt der Zukunft. Die Schweiz hat diesen Trend etwas verschlafen – jetzt ist er aber angekommen! Auch die Stadt Bern macht sich inzwischen Gedanken dazu.¹ Was aber ist eine „smarte“ Stadt überhaupt? Das Konzept von „Smart Cities“ ist diffus und es gibt keine allgemein gültige Definition, was aus einer Stadt eine „Smart City“ macht. Für gewöhnlich wird darunter ein neuer Ansatz von Stadtentwicklung verstanden, welcher die Infrastruktur und den Lebensalltag der Stadtbewohnenden durch den Einsatz von (Kommunikations-)Technologie und Innovation (von IT-Unternehmen) nachhaltig optimiert. Übergeordnetes Ziel ist es dabei mit minimalem Ressourcenverbrauch maximale Lebensqualität erreichen zu können. Gleichzeitig soll mithilfe der modernen Kommunikationsmedien die Stadtbevölkerung noch partizipativer in die Stadtentwicklung eingebunden werden. Der Bund hat inzwischen eine Strategie zu „Smart Cities“ ausgearbeitet.² Die Stadt Bern will nun die Voraussetzungen schaffen, um smart zu werden. Wir begrüßen zwar eine zeitgemässe Stadtentwicklung, der weltweite öffentliche Diskurs wird allerdings von technokratischen Lösungsansätzen dominiert. Dabei wird eine Stadt auf messbare Daten reduziert, welche in Echtzeit überwacht und kontrolliert werden können. Auf dieser Grundlage können sich dann die Städte im weltweiten Konkurrenzkampf messen, welcher durch die globale Urbanisierung noch zusätzlich angetrieben wird. Ein rein technologisches Projekt wird den sozialen und politischen Dimensionen jedoch kaum gerecht werden, die sich gerade durch diese transnationale Konstellationen erheblich verändern. Ein Beispiel dafür ist die globale Verschiebung von Wertschöpfungsketten, welche zur Fragmentierung von arbeitspolitischen Regulierungen geführt hat. Zusätzlich bieten die modernen Kommunikationsmedien auch neue Möglichkeiten, um neue Märkte zu erschliessen oder etablierte Märkte anders zu bewirtschaften. Somit entstehen neue Formen von Unternehmen, die keine traditionellen Beziehungen zu Beschäftigten unterhalten wollen (Sharing Economy, z.B. Uber etc.). Die SP Fraktion möchte vom Gemeinderat deshalb Antworten auf die folgenden Fragen:

1. Wie kann die Stadt sicherstellen, dass Sharing Economy-Unternehmen ihre sozialen Verpflichtungen erfüllen?
2. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass im Rahmen dieser Unternehmen keine Scheinselbstständigkeiten entstehen?
3. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass bestehende Einrichtungen der sozialen Sicherheit nicht umgangen und/oder ausgehebelt werden?

Bern, 03. November 2016

Erstunterzeichnende: Johannes Wartenweiler, Ingrid Kissling-Näf

Mitunterzeichnende: Halua Pinto de Magalhães, Benno Frauchiger, Gisela Vollmer, Michael Sutter, David Stampfli, Marieke Kruit, Edith Siegenthaler, Barbara Nyffeler, Rithy Chheng, Fuat Köçer, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Nadja Kehrli-Feldmann, Peter Marbet, Ursina Anderegg, Bettina Stüssi, Nora Krummen

¹ siehe dazu Stadtentwicklungskonzept Bern 2016 und neue ewb Eignerstrategie

² www.smartcity-schweiz.ch